

Martin Krenn

Klimaexperte der Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission

Statement Pressekonferenz: Meilenstein oder Farce? 12.11.2015

Problemaufriss: Nord-Süd

Der Klimawandel bringt die vielschichtige Ungleichheit zwischen den Gesellschaften zum Vorschein. Reiche Länder, die zuerst einen Industrialisierungsprozess begonnen haben und damit die heutige Klimakrise ausgelöst haben, sind auch jene, die sich am einfachsten vor den Auswirkungen schützen können. Im Gegenzug leiden diejenigen Bevölkerungsgruppen, die am wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben, heute am stärksten.

Die Allianz für Klimagerechtigkeit fordert daher, dass die reichen Länder, zu denen auch Österreich zählt, zuerst handeln und ärmere Länder dabei unterstützen, sich vor den Auswirkungen des Klimawandels zu schützen und eigene, weniger verschmutzende Entwicklungsmodelle umzusetzen. Um die ökologische Schuld der Industrialisierung auszugleichen, muss auch Österreich seine Verantwortung in der internationalen Klimafinanzierung wahrnehmen, nationale Pläne entwickeln und international an einer gerechten Klimafinanzierungsplanung mitwirken.

Worum bei der geht's internationalen Klimafinanzierung in Paris?

Der große Unsicherheitsfaktor bei den Verhandlungen in Paris stellt die internationale Klimafinanzierung dar. Es muss gelingen, eine adäquate, planbare und rechtzeitige Finanzierung für Klimaschutz und Klimawandelanpassung in Entwicklungs- und Schwellenländern sicherzustellen.

2009 in Kopenhagen wurde von den Industrienationen zugesichert, ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar als internationale Klimafinanzierung zur Verfügung zu stellen. In Paris müssen sich die Verhandlungsparteien nun auf einen verbindlichen Fahrplan einigen, wie diese äußerst notwendigen Zusagen bis zum Jahr 2020 erreicht werden. Dazu benötigt es ein klares Finanzpaket von heute bis 2020 und im weiteren darüber hinaus.

Diese Finanzmittel müssen in einem adäquaten Verhältnis für Klimaschutz-Maßnahmen und für die bisher zu wenig beachteten Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel eingesetzt werden. Weiters dürfen sich die Industrieländer nicht darauf beschränken lediglich günstige Bedingungen für privatwirtschaftliche Investitionen zu schaffen, sondern müssen verlässliche öffentliche Beiträge leisten.

Nur diese Zusagen werden das notwendige Vertrauen der Entwicklungs- und Schwellenländer aufbauen, damit die Verhandlungen in Paris ein ausreichender Erfolg werden können.

Istzustand AUT

Österreich, das lange Vorbild im Umweltschutz war, macht jedoch heute eine sehr schlechte Figur dabei, die eigenen historischen Schulden durch Beiträge zur internationalen Klimafinanzierung auszugleichen. Anstatt den eigenen Wohlstand als Auftrag und Verantwortung zu sehen, werden durch die Österreichische Bundesregierung bisher nur sehr zaghafte Schritte in Richtung globaler Klimagerechtigkeit unternommen. Österreich hat es geschafft, innerhalb der letzten fünf Klimagipfel gleich zweimal den beschämenden Negativ-Preis „fossil-of-the-day“ zu kassieren. Nicht zuletzt vor einem Jahr in Lima, wo Bundesminister Andrä Rupprechter mit einer verspäteten Zusage zur Erstfinanzierung des Green Climate Fund Negativ-

Schlagzeilen machte. Bundesminister Rupprechter versprach damals zusätzlich zu den 25 Millionen US-Dollar weitere 25 Millionen von Ländern und Wirtschaft. Dieses Versprechen wurde gebrochen und damit ist der Pro-Kopf-Beitrag Österreichs zum Green Climate Fund bei 2,9 US-Dollar – das ist 20-mal weniger, als zum Beispiel Schweden (60,5 US\$) bereitstellt. Auch im Vergleich mit Deutschland (12,1 US\$) und sogar Spanien (3,4 US\$) schneidet Österreich schlecht ab. Wir von der Allianz für Klimagerechtigkeit fragen uns: „Schämt sich die österreichische Bundesregierung gar nicht?“ Wir fordern Bundesminister Rupprechter auf, in Paris einen adäquaten Beitrag zum Green Climate Fund von mindestens 100 Millionen Euro zuzusagen.

Ein Blick in den Österreichischen Bericht zur Internationalen Klimafinanzierung 2014 zeigt weiteren Handlungsbedarf der Bundesregierung auf. So weisen vorläufigen Zahlen für 2014 lediglich 26,28 Millionen € an tatsächlich zur Verfügung gestellten Mitteln auf – abgesehen von rückzuzahlenden Krediten (Kapitalbeteiligungen, Garantien). Von diesen 26,28 Millionen Euro sind wiederum ein Großteil Gelder, die für Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt werden, und nur zusätzlich noch für die Klimafinanzierung angerechnet werden (Rio Marker).

Was soll Österreichs Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung sein?

Die Allianz für Klimagerechtigkeit fordert darum, dass die österreichische Bundesregierung unserer gemeinsamen Verantwortung nachkommt, und die öffentlichen Mittel für die internationale Klimafinanzierung auf mindestens 80 Millionen Euro jährlich erhöht. Für die notwendige Unterstützung der Entwicklungsländer ist dieser Betrag als neue und zusätzliche Mittel zu Verfügung zu stellen, anstatt nur die bestehenden Verpflichtungen zur Entwicklungszusammenarbeit in Berichtsformaten doppelt zu zählen.

Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen schätzt, dass allein die notwendigen Mittel zur Anpassung an den Klimawandel die bisherigen Finanzierungsvereinbarungen bald weit überschreiten werden. Darum muss Österreich nicht nur national Handeln, sondern sich auch innerhalb der EU und bei den Verhandlungen in Paris dafür einsetzen, dass diese Finanzmittel von der Staatengemeinschaft zur Verfügung gestellt werden und ein weiterer Anstieg der Mittel nach 2020 verbindlich verankert wird.

Dabei ist darauf zu achten, dass die Mitbestimmung der Bevölkerung, bei der Umsetzung von Klimaschutz- und Klimawandelanpassungs-Programmen gewährleistet wird. Klimaschutz-Projekte dürfen nicht zu Menschenrechtsverletzungen führen. (Cancun Agreement). Außerdem darf Klimaschutz nicht auf Kosten von notwendigen Verpflichtungen in der Entwicklungszusammenarbeit gehen. Die Finanzierung muss so ausgerichtet werden, dass die neuen Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (die Agenda 2030) durch die Klima-Programme unterstützt werden.

Martin Krenn, Referent Anwaltschaft und Bildung, (KOO) Türkenstraße 3/3 A - 1090 Wien
Tel: +43 1 317 0321 73 Mobile: +43 676 7698 431